

sehen Demokratischen Republik in der uns vorliegenden Fassung - Drucksache Nr. 19 a - zustimmt, der komme durch die rechte Tür herein. Wer es ablehnt, komme durch die linke Tür. Wer sich der Stimme enthalten will, komme durch die hintere Tür.

Die Abstimmung beginnt. Ich bitte zunächst alle, den Raum zu verlassen, insbesondere auch die Fotografen.

Die Abstimmung beginnt. Die Schriftführer bitte ich, an der Tür laut zu zählen.

(Zählvorgang)

Es darf jetzt bitte keiner den Saal verlassen. - Die 3 Abgeordneten sind angeblich nicht reingelassen worden.

(Unmutsäußerungen)

Ich bitte alle Abgeordneten, den Saal zu verlassen, die Prozedur wird wiederholt.

An der Tür sollten jeweils bitte nur die beiden Schriftführer stehen, keiner weiter, und die möchte ich bitte sehen. Sonst verliere ich die Übersicht. Ich will noch mal die Schriftführer darauf hinweisen, daß sie beruhigt an der Tür stehen können. Ich werde die 6 Leute und mich selbst auch fragen, wie wir stimmen. - Die Abstimmung kann beginnen. Das kann parallel gehen, das ist kein Problem. Rechts und links, es kann parallel laut gezählt werden. Bitte schön.

(Wiederholung des Zählvorganges)

Die Schriftführer bleiben bitte an ihren Türen stehen. Alle anderen setzen sich auf ihre Plätze. Ich möchte bitte die Neinstimmen noch wissen. - Das Abstimmungsergebnis ist folgendermaßen - Sie können sich darauf verlassen, ich habe sie jetzt wirklich alle gezählt, soviel weiß ich von meinem vorherigen Beruf als Mathematiker noch, für das verfassungsändernde Gesetz haben gestimmt 269,

(Beifall bei den Koalitionsfraktionen)

dagegen 83, 4 Stimmen waren Stimmenthaltungen. Damit ist das Gesetz mit der erforderlichen verfassungsändernden Zweidrittelmehrheit von mindestens 267 Stimmen angenommen.

(Beifall bei den Koalitionsfraktionen. - Die Abgeordneten der Fraktionen CDU/DA, DSU und der Liberalen erheben sich von ihren Plätzen)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Meine Damen und Herren! Wir fahren in der Geschäftsordnung ... - Ein Antrag zur Geschäftsordnung.

Poppe (Bündnis 90/Grüne):

Da mir vorhin in Aussicht gestellt wurde, nach diesem Tagesordnungspunkt eine Erklärung abgeben zu können, werde ich das hiermit tun. Sie bezieht sich zunächst auf die Entscheidung der Volkskammer, den Antrag betreffs Beitritt nach Artikel 23 Grundgesetz nicht an den Ausschuß für äußere Angelegenheiten zu überweisen. Das ist also eine Erklärung der Fraktion Bündnis 90/Grüne.

Eine Mehrheit in diesem Haus ist offensichtlich der Meinung, daß die deutsche Einheit eine ausschließliche Angelegenheit der Deutschen ist. Die damit zum Ausdruck kommende Position widerspricht auf eklatante Weise den bisherigen Äußerungen des Ministerpräsidenten, so daß er sich, auch wenn er vielleicht in einem zukünftigen deutschen Kabinett nicht unmittelbar für die Folgen verantwortlich gemacht werden kann, fragen muß, ob seine von ihm mehrfach dargelegten außenpolitischen Grundsätze überhaupt von seiner eigenen Fraktion mitgetragen werden.

Von den Alliierten und von unseren europäischen Nachbarn könnte die getroffene Entscheidung verstanden werden als ein Wiederaufleben großdeutscher Überheblichkeit.

(Unruhe im Saal)

Bei den in der Vergangenheit von solcher betroffenen Völkern kann sich unsere Fraktion für die Entscheidung der Volkskammernmehrheit nur entschuldigen.

(Beifall)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Wir fahren fort. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 2:

Beschlußempfehlung des Wirtschaftsausschusses

Gesetz zur Privatisierung und Reorganisation des volkseigenen Vermögens (Treuhandgesetz) (Fortsetzung der 2. Lesung)

(Drucksache Nr. 55b)

Das Wort hat der Berichterstatter des Wirtschaftsausschusses, der Abgeordnete Dr. Steinecke.

Dr. Steinecke, Berichterstatter des Wirtschaftsausschusses:

Meine Damen und Herren! Wir sind Non-Stop-Sitzungen gewöhnt. Der Wirtschaftsausschuß hat am Mittwoch über 6 Stunden diesen Gesetzentwurf beraten und gemäß Ihrer Entscheidung am vergangenen Sonnabend, also gestern, 8 Stunden. Sie sehen einen quasi erschöpften Ausschußvorsitzenden hier die Ergebnisse bekanntgeben.

Ich versuche, es kurz zu machen. Lassen Sie mich an den Anfang meines Berichtes meiner Genugtuung darüber Ausdruck geben, daß es uns, dem Ausschuß, wohl gelungen ist, Ihnen ein Papier vorzulegen mit der heutigen Drucksache Nr. 55b, das geeignet ist, in diesem Hause den parlamentarischen Willen durchaus zu artikulieren und auch im Ausschuß eine breite Zustimmung zu finden. Auch wenn über die Grundlinie, die politische Linie, über die ökonomische Philosophie, die sich entsprechend unserer Parteilichkeit nun endlich in unserem Land offenbart, über die Grundlinien der Entwicklung Unterschiede bestehen: Es war das Bestreben des Ausschusses, eine möglichst breite Übereinstimmung zu finden und nicht durch das Betonen von Differenzen Sachargumente unterzubuttern.

Die Begründung zur Drucksache Nr. 55 a gab ich Ihnen bereits am vergangenen Freitag. Diese Darlegungen möchte ich nicht wiederholen. Ich will mich heute in meiner Berichterstattung auf zwei Komplexe beschränken, erstens auf das Ergebnis der nochmaligen Abstimmung mit den anderen Ausschüssen, zweitens auf die wichtigsten Veränderungen zur Drucksache Nr. 55 a im Ergebnis der gestrigen Beratung zu der bisher vorliegenden Drucksache.

Zum ersten: In der gestrigen Ausschußsitzung wurde das Ihnen vorliegende Papier in der Drucksache Nr. 55 b beraten in einer Bündelung von Komplexen und wurde dann einer seitenweisen Zustimmung unterzogen. Wir haben das Papier, nachdem Sachkomplexe eingearbeitet wurden, dann noch einmal um das von vornherein deutlich zu sagen, seitenweise einer Prüfung unterzogen, damit uns trotzdem nichts passiert.

An dieser Ausschußsitzung, meine Damen und Herren, nahmen teil: vom Verfassungsausschuß Herr Dr. Ullmann und Herr Dr. Kney, vom Rechtsausschuß Prof. Heuer, vom Haushaltsausschuß Frau Prof. Luft. Der Finanzausschuß hatte uns vorher seine Zustimmung gegeben. Es waren Fachleute anwesend, Herr Krause, der stellvertretende Chef der Treuhandanstalt, Prof. Supranowitz vom Amt für Vermögen der DDR, Prof. Penick vom Amt des Ministerpräsidenten, Prof. Kauffold als Parlamentarischer Staatssekretär im Ministerium für Ernährung, Land- und Forstwirtschaft sowie, das ist üblich, das Wirtschaftsministerium. Die Hinweise der Ausschüsse wurden noch einmal abgestimmt und wurden, soweit sie die Mehrheit hatten, in das Ihnen vorliegende Papier eingearbeitet.

Ich danke insbesondere der Verwaltung der Volkskammer, die bis in die Nacht hinein diese Papiere technisch fertiggestellt hat.

(Beifall, vor allem bei der CDU/DA-Fraktion und der SPD-Fraktion)

Meine Damen und Herren! Wir wollen es bitte mit der erforderlichen Lebensweisheit betrachten, daß es uns gelungen ist, nun endlich den Umtauschkurs komplett auf 1:1 zu erhöhen. Es ist ein Tippfehler drin. Es muß 1:2 heißen. Würden Sie das bitte der Müdigkeit nach der 8stündigen Non-Stop-Beratung zugute